

33
79

Union in Deutschland

Bonn, den 4. Oktober 1979

Gemeinsam für den Wahlsieg kämpfen

CDU und CSU werden gemeinsam mit ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß für die Wende, für den Wahlsieg 1980, für die Zukunft unserer Bundesrepublik Deutschland kämpfen. Wer jetzt noch mit Zerstrittenheit von CDU und CSU rechnet, der hat sich gründlich verrechnet. Wir werden gemeinsam beweisen, daß wir nicht nur von Solidarität reden, sondern daß wir auch danach handeln können, stellte Helmut Kohl vor dem CSU-Parteitag in München fest.

Solidarität gehört zum Selbstverständnis einer jeden Volkspartei; eine Partei, die darauf verzichten würde, könnte niemals mehrheitsfähig werden. Jeder von uns, ich sage jeder von uns, muß Kritik ertragen können. Der, der Kritik übt, muß allerdings wissen, wann, wie und vor wem er sie kundtut und wem sie letztlich nützt.

Ich rufe uns alle auf, in CDU und CSU, das Menschenmögliche zu tun, um den Wahlsieg zu erreichen; Schluß muß sein mit allen Profilierungsversuchen. Vor allem, daß einzelne sich zu Lasten des Ganzen hervortun wollen.

Es war die Gemeinsamkeit, die uns in die Lage versetzte, unter den Kanzlern Adenauer, Erhard

(Weiter auf Seite 2)

■ WORTLAUT

Franz Josef Strauß: Alle Kraft für Deutschland / Auszüge aus der Rede vor dem CSU-Parteitag in München

Seiten 3 bis 7

■ STEUERN

Die CDU/CSU-regierten Länder haben den Antrag auf Steuerentlastungen schon ab 1980 im Bundesrat eingebbracht. Die Bundestagsfraktion wird eine gleichlautende Initiative im Bundestag einbringen.

Seite 8

■ KOALITION

SPD läßt Schmidt im Stich / Strauß gewinnt Rechtsstreit gegen IG Metall

Seite 9

■ KOMMUNALWAHL NRW

Stellungnahmen von Heiner Geißler, Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf

Gesamtergebnis, Einzelergebnisse und Sitzverteilung

Seiten 12 bis 14

Pressestimmen Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die neue Medienlandschaft / Zusammenfassung unserer Stellungnahmen zu den aktuellen Fragen der Medienpolitik

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

und Kiesinger die Bundesrepublik Deutschland zu bauen und zu gestalten. Es war diese Gemeinsamkeit, die es in diesem Jahr möglich machte, mit der absoluten Mehrheit der CDU/CSU in der Bundesversammlung, unseren Freund, Karl Carstens, zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Und es war diese Gemeinsamkeit, die uns in die Lage versetzte, die absolute Mehrheit bei der Europa-Wahl am 10. Juni 1979 zu gewinnen.

Ich frage mich nur, warum wir mit diesem Pfund draußen im Lande nicht mehr gewuchert haben, warum wir nicht deutlicher gesagt haben, wir sind die stärkste politische Kraft. Wir haben die Sozialisten in Europa geschlagen. Jener böse Satz Mitterrands, „Europa wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein“, wird nicht in Erfüllung gehen.

Nur, und das sage ich gerade auch im Blick auf die Wahl 1980, ich habe manchmal den Eindruck, wir haben zu schnell diese Erfolge vergessen oder zu schnell vergessen lassen. Lassen Sie uns doch nicht unsere Erfolge selbst zerreden und miesmachen, stehen wir doch auch zu unseren großen Taten. Ich sage dies vor allem im Blick auf jene Kleinmütigen, die zwölf Monate vor einer Bundestagswahl durchs Land ziehen und sich bange Fragen stellen.

Unsere gemeinsame Fraktion von CDU und CSU hat nach schwierigen Wochen die Entscheidung getroffen; Franz Josef Strauß wurde als Kanzlerkandidat nominiert. Er hat Anspruch darauf, daß ihm jedermann in CDU und CSU mit

besten Kräften zur Verfügung steht und ihm bei diesem schweren Weg hilft.

Die Fraktion hat an diese Entscheidung klare Erwartungen geknüpft; Erwartungen, die für sich selbst sprechen:

Erstens, die Einheit und Geschlossenheit der Unionsparteien bleiben die entscheidende Voraussetzung für den politischen Erfolg. Zweitens, die neu gefestigte Gemeinsamkeit ist nicht auf einen Wahlermin begrenzt.

Dies sind die Erwartungen der Bundestagsfraktion, die in einer besonderen Weise seit 30 Jahren Symbol für die Einheit von CDU und CSU ist.

Niemand von uns kann überrascht sein, daß unsere politischen Gegner, allen voran die Sozialisten, alle Mittel nutzen, um unsere Geschlossenheit zu zerstören; es ist ein Spiel, das sich immer wiederholt. CDU/CSU sollen jetzt wieder in die rechte, ja in die rechtsradikale Ecke abgedrängt werden.

Schon einmal wollte uns der damalige Kanzler Willy Brandt aus der politischen Mitte hinausdrängen, als er für die SPD die neue Mitte proklamierte. Ich will als Antwort dazu ein Wort aufgreifen, das Franz Josef Strauß 1973 auf dem Bundesparteitag der CDU in Hamburg sagte:

„Wir sind Partei der Mitte. Wir waren es in der Vergangenheit, und wir werden es auch morgen sein.“ Niemand wird uns von diesem zentralen Platz deutscher Politik verdrängen. CDU und CSU bleiben die Volksparteien der politischen Mitte, in der sich die geistigen Grundströmungen der christlich-sozialen, der liberalen und der konservativen Ideen vereinigen.

Franz Josef Strauß: Alle Kraft für Deutschland

Wir stehen am Vorabend eines Bundestagswahlkampfes, an dessen Ende eine Wahlentscheidung liegt, die in ihrer Bedeutung den Wahlentscheidungen der Jahre 1949 — wo es um die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft oder der sozialistischen Planwirtschaft ging — und der Wahlkämpfe 1953/1957 — als es um den Eintritt in die westlichen Gemeinschaften, um die Pariser Verträge, die Römischen Verträge, den Eintritt in die NATO und den Aufbau der Bundeswehr ging — in keiner Weise an Bedeutung nachsteht.

Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die Wahlen des Jahres 1980 für das letzte Fünftel dieses Jahrhunderts wegweisende, weichenstellende und entscheidende Bedeutung haben werden, genauso wie die Wahlen der 50er Jahre.

1969 sind nach 20jähriger Aufbauarbeit CDU und CSU durch die inzwischen zu Blockparteien degenerierten SPD und FDP abgelöst worden. So können wir in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden zwischen der aufbauenden pragmatischen Phase von 1949 bis 1969, der visionär-utopischen Phase von 1969 bis 1974, der labil-unsicheren Phase von 1974 bis heute. Unser Ziel heißt: 1980 muß die solid-zukunftssichere Phase durch die CDU und CSU kommen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen CDU und CSU politische Parteien sein, im besten Sinn des Wortes. Das heißt: politische Willens-, Aktions-

und Kampfgemeinschaften, nicht politische Geselligkeitsvereine, Diskussionszirkel oder gesellschaftspolitische Studiengruppen.

Wir wissen, daß Programme notwendig sind, Problemdiskussionen zweckmäßig, kritische Selbstdarstellung unvermeidlich und unter Umständen unentbehrlich. Sie ersetzen aber nicht den Willen zur demokratischen Macht und sie ersetzen nicht den Kampf um sie. Unsere in die Tat umgesetzte Alternative zur gegenwärtigen Bonner Politik des Schillerns, Schaukelns, Schwabens, Schwimmens und Schwätzens ist ein Gebot der geschichtlichen Stunde.

Es wird in den kommenden Monaten deshalb darauf ankommen, unsere sachlichen politischen Alternativen zur Bonner Koalition zu formulieren und dem letzten Wähler verständlich machen, denn wir müssen uns von vornherein darauf einrichten, daß ein großer und nicht unbedeutender Teil der Massenmedien genau das Gegen teil will, nämlich uns daran hindern, unseren politischen Willen dem Wähler klarzumachen.

Unser Problem ist die Durchsetzung der Wahrheit und die Hoffnung der SPD ist die Verleugnung der Wahrheit — darum geht es auch in dieser Auseinandersetzung.

Unser politischer Wille heißt konsequente Freiheitssicherung und Friedensbewahrung, ausgerichtet an den deutschen Interessen, an den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Realitäten, Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und Wiedergewinnung der

finanziellen Stabilität auf der Grundlage einer arbeitsfähigen Marktwirtschaft, moralische wie materielle Förderung der Familie ebenso wie eine nach den Maßstäben der Gerechtigkeit gestalteten Sozialpolitik, deren Kernstück die von uns geschaffene dynamische Altersrente ist und bleiben muß, eine Politik, die dem Bürger gegenüber ehrlich ist, verlässlich gegenüber unseren Freunden im Ausland, vertrauenswürdig für unsere Vertragspartner auch im Osten.

Es kommt entscheidend darauf an, daß die auf Freiheitssicherung und Friedensbewahrung, auf Stabilität und Solidarität gerichteten Ziele unserer Politik von allen Mitgliedern unserer Partei, von allen Amtsträgern und Mandatsinhabern aller Ebenen in beiden Unionsparteien in vollem Einsatz und geschlossen gegenüber den Wählern vertreten werden. Unser alter Einsatz muß dem Ziel gelten, die bis dahin elfjährige Herrschaft der Linken in Bonn wieder zu beenden.

Man rede mir ja nicht ein, daß die Herrschaft der Linken mit Helmut Schmidt ein Ende genommen habe. Er ist die beste Tarnfigur für das, was hinter ihm weiterhin vor sich geht. Das Schiff driftet nach wie vor nach links, nur der Kapitän schaut mit der Prinz-Heinrich-Mütze zum rechten Bullauge heraus! Wir müssen im Bund endlich wieder eine illusionsfreie, sachbezogene und solide Politik für den Bürger ermöglichen.

Das Ergebnis der Europawahl, das Ergebnis der Wahlen in Großbritannien und Schweden hat bewiesen, daß der Marsch in den kollektivistischen Wohlfahrtsstaat kein unaufhaltsames Naturereignis ist, dem man nur mit Resignation und gelegentlicher Bremswirkung,

sozusagen ohnmächtig gegenüberzustehen hätte. Trotz der konzentrierten Aktion der sozialistischen Parteien und — leider sage ich es — des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der sozialistische Generalangriff auf Europa nach dem Motto: „Europa wird nicht sein oder sozialistisch sein“ abgewendet worden. Wenn auch die Wahlbeteiligung nicht so groß war, wie sonst bei Landtags- und Bundestagswahlen; das Wahlergebnis hat bewiesen, daß die Unionsparteien in der breiten Masse unserer Bevölkerung fest verwurzelt sind.

Aus der Bundesrepublik darf kein muffiges, stickiges, sogenanntes Volksheim für politisch entmündigte Objekte bürokratischer Totalbetreuung werden. Die Bundesrepublik Deutschland muß ein Land freier, schöpferischer Menschen, das Land einer offenen Gesellschaft, verantwortlich handelnder Bürger und — das können wir nicht laut genug sagen — das Land einer frohen Jugend bleiben oder dort wieder werden, wo es verlorengegangen ist.

Deshalb muß der entscheidende politische Wandel im Herbst 1980 herbeigeführt werden. Die Voraussetzungen, die Bundestagswahl 1980 zu gewinnen, sind gegeben. Aber wir müssen wissen, mit welchem Gegner wir es zu tun haben. Darüber gab es auch in unseren eigenen Reihen in den vergangenen Jahren manche Naivität und manche lebensgefährliche Gutgläubigkeit.

Unser Gegner ist die SPD, deren linker Flügel an seiner äußersten Linken in Ideologie, Sprache und Zielsetzung einen nahtlosen Übergang zu den Kommunisten uns täglich vor Augen führt — und ich habe es ja optisch in Bremen wie in Essen erlebt. Diesen geht es

um das Ziel, die Machtübernahme durch den Marxismus systematisch vorzubereiten.

Darum wurden alle Bestrebungen, eine Ablösung herbeizuführen, wie eine Art Hochverrat an Willy Brandts verhängnisvoller Politik, ja sie wurden als Prophetenlästerung diffamiert. Das war die Zeit, als die SPD-Prominenz vom „Holzen“, vom „Mobilisieren der Betriebe“ sprach, als Willy Brandt kritische Journalisten als „Schreibtischtäter“ beschimpfte und bisherige Genossen, die nicht mehr mitmachen wollten, der Korruption bezichtigte.

Deshalb wurde SPD-Politik als Friedenspolitik ausgewiesen, Oppositionspolitik dagegen unterschwellig als Kriegspolitik suggeriert. Hier ist doch die Sprache verfälscht, ist die Sprache als Waffe, als psychologische Waffe eingesetzt worden. Man log und lügt dem Volke vor, die Politik der CDU/CSU sei eine Gefahr für den inneren Frieden — auch das wird im Wahlkampf wiederkehren —, sei ein Risiko für die äußere Sicherheit.

Darum ist die scheinbar vornehme Haltung der SPD-Führung nichts anderes als die Tarnfarbe für eine Hetz- und Verleumdungsmaschinerie von riesigen Ausmaßen. Die Wirklichkeit zeigte sich in Essen, Köln, Bremen, in der Zusammenarbeit der kommunistischen Jugend, der SDAJ, der Jusos, leider auch Teilen der Gewerkschaftsjugend.

Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß im Herbst 1980 in Bonn der entscheidende politische Wandel herbeigeführt wird. Dazu brauchen wir den vollen, ungeteilten Einsatz aller. Es ist kein Raum für Spekulationen, wie man 1984 gewinnen kann, wenn man 1980 das Ziel verpaßt.

Mich treibt nicht persönlicher Ehrgeiz, ich bin persönlich lieber in Bayern, was jeder glaubt, der mich wirklich kennt und der die Bedeutung der Aufgabe, in die mich das Vertrauen der Wähler und des Bayerischen Landtages berufen hat, richtig einzuschätzen vermag, sondern mich treibt die Sorge um Deutschland, um seine innere und äußere Freiheit. Deshalb müssen wir um die Wende in der deutschen Politik mit aller Kraft und mit allen legitimen Mitteln kämpfen.

Das sind die Ziele für die 80er Jahre: Sicherung der äußeren Freiheit und des Friedens. Ich habe bewußt diese Ziele als erste genannt. Die anderen sind: Sicherung der Versorgung unserer Wirtschaft mit Energie und lebenswichtigen Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen, ordnungspolitische Sicherung der Marktwirtschaft, Wiedergewinnung der finanziellen Stabilität, Erhaltung des sozialen Friedens und damit der politischen Stabilität, besondere Stärkung der Familie, ihres Zusammenhaltens und ihrer Familienkraft, Sicherung und Erweiterung des Freiheitsraumes und der Eigenverantwortung des Bürgers, Stärkung des freiheitlichen Staatsbewußtseins, Wiedergewinnung eines realistischen, auf klaren Werten beruhenden Zukunftsausblicks für die Jugend, Stärkung des Föderalismus als Grundelement einer freiheitlichen Ordnung in Deutschland und Europa, Aufbau und Ausbau eines freiheitlichen europäischen Staatensystems, schließlich die geistige und politische Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Kollektivismus.

Ein Wort zur Kernenergie: Zur Kernenergie gibt es gegenwärtig keine Alternative. Das muß man endlich einmal sagen, statt dem Volk dauernd vorzu-

gaukeln, man komme auch ohne Kernenergie aus, man komme noch lange ohne sie aus, man komme vielleicht immer ohne sie aus, man brauche sie unter Umständen jetzt, aber vielleicht nicht lange, oder man brauche sie jetzt noch nicht, dafür erst später usw.

Wir sind keine Atomkraftfetischisten, wir sind nicht kernkraftbesessen, aber wir können einfach nicht mit offenen Augen zusehen, daß der hohe Leistungsstand unserer Wirtschaft, die internationalen Wettbewerbsfähigkeiten unserer Wirtschaft und damit unser gesamtes soziales und gesellschaftliches System durch Fehler und Versäumnisse der in den 70er Jahren Regierenden ernsthaft gefährdet und eines Tages zerrüttet sein wird.

Ich bin nicht dafür bekannt, daß ich unbequemen Aussagen aus dem Wege gehe und ich tue es auch jetzt nicht. Es gibt überhaupt keine moderne technische Leistung, die nicht ein gewisses Risiko enthält, eine totale Sicherheit gegenüber der Technik hat man nur im afrikanischen Dschungel oder in der Wüste Gobi, solange dort nicht die Technik sich dieser Steppe oder dieser Wüste bemächtigt.

Nun darf ich auch sagen, es gibt manche Bereiche der modernen Technik, die ohne Zweifel gefährlicher sind als die Kernkraft. Aber weil man sie nicht aus parteipolitischen Gründen dämonisiert hat, sie mit einem Dämoncharakter ausgestattet hat, spricht man über diese Gefahren überhaupt nicht, sie bleiben im Bereich der fachmännischen Experten, sie bleiben im Bereich der sachlichen Diskussion.

Aber die Atomkraft benutzt man für die Diskussion zur Erschütterung und Auflösung unseres gesellschaftlichen Systems. Derselbe Kommunismus,

dessen Anhänger hierzulande als politische Subkultur häufig wie Bürgerkriegskämpfer getarnt und bemalt, mit Waffen des Bürgerkrieges gegen moderne technische Einrichtungen antreten, bauten im beschleunigten Tempo ein Atomkraftwerk nach dem anderen in seinem eigenen Bereich.

Bei einer Fernsehdiskussion vor wenigen Wochen habe ich aus dem Munde Willy Brandts gehört, was wollen Sie denn, wir haben doch genügend Energie. Nichts könnte die Oberflächlichkeit, Leichtsinnigkeit und intellektuelle Liederlichkeit mehr enthüllen als dieses lebensgefährliche Geschwätz. Wenn bei weiterem Steigen der Heizölpreise heizen aus der Steckdose billiger wird als mit dem Erdöl und die Bevölkerung dazu übergeht, hätten wir schon im nächsten Winter erhebliche Störungen und im übernächsten Winter mit Sicherheit Abschaltungen, die uns schmerzlich treffen würden.

Aber es geht nicht um den übernächsten Winter, um die Heizölpreise, die wir subventionieren müssen für die sozial schwächeren Schichten oder um Abschaltungen der Kraftwerke durch die Heizungen der Wohnungen. Es geht darum, daß Energiepolitik zu den Bereichen gehört, wo heute entschieden werden muß, damit in zehn Jahren noch die lebenswichtigen und unentbehrlichen Voraussetzungen für die Erhaltung unseres wirtschaftlichen und sozialen Leistungsstandes gewährleistet sind. Das ist das Entscheidende.

Zehn Jahre SPD/FDP-Regierungsbündnis haben genügt, die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Grundlagen unseres Staates zu gefährden. Was durch Fleiß und Solidarität unserer Bürger aus dem größten

Trümmerhaufen der Geschichte mit einer dynamisch modernen Wirtschaftspolitik aufgebaut wurde, ist in wenigen Jahren in Frage gestellt worden.

Die Soziale Marktwirtschaft mußten CDU und CSU gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchsetzen. An dieser ideologisch bedingten Ablehnung einer freiheitlichen, auf Selbstverantwortung und sozialer Bindung geprägten Wirtschaftsordnung hat sich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen leider in Wirklichkeit nie etwas geändert. Die Sozialisten sind und bleiben die Erzfeinde marktwirtschaftlicher Freiheit.

Für uns gehören zusammen: Soziale Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie, freiheitlicher Rechtsstaat und föderative Ordnung. Das sind die vier tragenden Elemente, die vier tragenden Säulen einer menschlichen, leistungsfähigen und demokratischen Gesellschaft.

Die aufziehenden Wolken am Horizont der Weltwirtschaft signalisieren Sturm. Gerade deshalb müssen wir wieder unsere Fundamente und die Wände und das Dach unseres Hauses gegen die Risiken der Zukunft stärker absichern. Wir brauchen ein echtes, nicht staatlich geführtes, sondern marktwirtschaftlich erreichtes Wachstum. Wir brauchen die Stärkung der Investitionsbereitschaft und der Investitionsfähigkeit der Unternehmer auch durch eine ermutigende Ertragslage. Wir brauchen nicht zuletzt die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen, nicht nur der Großunternehmen, nicht zuletzt der mittelständischen Unternehmen auf allen Ebenen. Nur so können wir den überfälligen Abbau der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Arbeitsplätze errei-

chen. Dafür sind einige Grundsätze notwendig, die dann auch schrittweise in die Wirklichkeit geführt werden müssen:

Die Entlastung der Wirtschaft von Steuern und Abgaben verbunden mit einer leistungsgerechten Steuer-Tarif-Politik, die Umsetzung des von CDU/CSU erklärten Ziels der Senkung der Staatsquote, die Eindämmung der Gesetzesflut, der bürokratischen Bevormundung und die Verminderung der Bürokratisierungskosten.

Wir können das Netz sozialer Sicherung, vor allem die dynamische Altersrente, nur auf der Konstruktion einer vernünftig und gesund zusammengesetzten Bevölkerungspyramide aufrechterhalten, wenn nicht unerträgliche Belastungen durch Steuern und Abgaben in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen sollen. Das ist die Kernfrage, hier muß man ansetzen. Hier nützen keine schönen Reden, hier nützen keine gesellschaftspolitischen Utopien, hier nützen keine Luftschlösser etwas. Das sind die eisernen, die eherne und harten Gesetze der wirtschaftlichen und finanziellen Zwangsläufigkeiten.

Wir können — und lassen Sie mich das am Schluß sagen — den politischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen. Wir können ihn herbeiführen, dank unserer geistigen und werthaften Grundlagen. Unsere Politik ist wirklichkeits- und sachbezogen. Sie ist erfolgreich, weil wir im Gegensatz zu den Sozialisten frei sind von widervernünftiger Theoriegläubigkeit, frei sind von reaktionärer Ideologieverfallenheit und frei sind von futuristischem Begriffsfeindschismus.

■ BUNDESRAT

Antrag auf Steuerentlastung eingebbracht

Im Bundesrat sind in der vergangenen Woche (28. September) wichtige Initiativen zu Steuerfragen eingebbracht worden. Dem Antrag der CDU/CSU-regierten Länder auf Steuerentlastungen schon 1980 wird auf Empfehlung der gemeinsamen Strategiekommission von CDU und CSU eine gleichlautende Initiative der Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag folgen.

Zum 1. Januar 1980 soll die Steuerbelastung durch einen neuen Einkommenssteuertarif deutlich gesenkt werden. Vor allem die durch die Steuerrgression bedingten „heimlichen“ Steuererhöhungen sollen beseitigt werden. Zum 1. Januar 1981 soll zusätzlich als familienbezogene Entlastung ein Kinderfreibetrag von 300 DM je Kind und Elternteil eingeführt werden.

Im einzelnen sind folgende Neuregelungen vorgeschlagen:

- Abbau der Grenzsteuerbelastung bei mittleren Einkommen zu Beginn des Progressionsbereiches (16 000 bis 60 000 DM/Grundtabelle).
- Senkung des Proportionalsteuersatzes für Einkommen bis 16 000 bzw. 32 000 DM (Ledige/Verheiratete) von 22 auf 21 Prozent. Diese Senkung des Steuersatzes entspricht einer Steuerermäßigung von 4,5 Prozent im Proportionalbereich und soll einen ersten Schritt zum durchgehenden Progressionstarif darstellen.

Die vorgeschlagenen Neuregelungen würden Steuermindereinnahmen von rund 6,5 Mrd. DM in 1980 und rund 9 Mrd. DM in 1981 verursachen.

Grunderwerbsteuerreform

Der Gesetzentwurf geht auf einen Antrag Niedersachsens zurück. Danach soll die Grunderwerbsteuer vereinheitlicht und wesentlich vereinfacht werden. Der Steuersatz soll von 7 auf 2 Prozent gesenkt, die zahlreichen Steuerbefreiungen sollen drastisch abgebaut werden.

In der Begründung des Entwurfs heißt es, daß das Grunderwerbsteuerrecht stark zersplittet und durch ein Übermaß an Befreiungsvorschriften ausgehöhlt sei. Eine Vielzahl landesrechtlicher und bundesrechtlicher Befreiungstatbestände habe dazu geführt, daß ca. 80 Prozent des Gesamtumsatzes an Grundstücken von der Besteuerung ausgenommen seien. Dies sei mit den Grundsätzen der Gleichmäßigkeit der Besteuerung kaum noch vereinbar.

Agrarbesteuerung

Der Bundesrat hat außerdem den Regierungsentwurf zur Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft stark kritisiert. Er räumt zwar ein, daß eine ausgewogene Besteuerung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe angestrebt werden müsse. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung führe jedoch zu einer erheblichen Belastung der deutschen Landwirtschaft und damit zu einer Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition innerhalb der EG. Er benachteilige die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere die Nebenerwerbsbetriebe, und er fordere einen hohen bürokratischen Aufwand.

■ KOALITION / INFORMATION

SPD läßt Schmidt im Stich

Die Einigung von Bund und Ländern auf ein gemeinsames Konzept für die Entsorgung der Kernkraftwerke stößt in großen Teilen der SPD auf Widerstand. Der Bonner Kompromiß zielt darauf ab, neben Gorleben auch andere Gemeinden als Standorte für Wiederaufarbeitsanlagen in Erwägung zu ziehen und für eine Übergangszeit die Zwischenlagerungsmöglichkeiten für abgebrannte Brennelemente auszubauen.

Da gegen sprachen sich bereits zwei Landesorganisationen der SPD aus: Der Hamburger Landesparteitag und der Bezirksparteitag Hessen Süd lehnten die neue Linie, die Baugenehmigungen für weitere Kernkraftwerke offenläßt, eindeutig ab. Ähnlich hatten vorher schon die Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern entschieden. Die Beschlüsse zeigen, daß es auf dem SPD-Parteitag im Dezember in Berlin zu erheblichen Auseinandersetzungen um das Thema Kernenergie kommen dürfte.

In Hamburg forderte die SPD in einem Antrag für den Bundesparteitag, keine weiteren Baugenehmigungen für Kernkraftwerke zu erteilen und die bisher arbeitenden Werke nach einer angemessenen Übergangszeit außer Betrieb zu setzen. Ferner lehnten die Delegierten den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben und an jedem anderen Standort mit dem Hinweis auf die damit verbundenen Risiken ab.

Der Bezirksparteitag Hessen Süd verabschiedete einen Antrag, in dem ein mehrjähriger Aufschub für die Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen gefordert wird. Bereits arbeitende Werke müßten streng auf ihre Sicherheit überprüft werden. Der Parteitag setzte sich in Gegensatz zu Ministerpräsident Holger Börner, der erklärt hatte, zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne auf Kernenergie bei einer gesicherten Entsorgung nicht verzichtet werden.

Strauß gewinnt Rechtsstreit gegen IG Metall

Die IX. Zivilkammer des Landgerichts München I hat in Abänderung einer einstweiligen Verfügung die IG Metall verpflichtet, künftig die isolierte Wiedergabe eines Zitats aus der Sonthofener Rede des Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß, zu unterlassen. Es handelt sich dabei um den Satz: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.“ Dieses Zitat, in der Gewerkschaftszeitung „metall“ auf der Titelseite abgedruckt, darf nach der Entscheidung des Gerichts nur im Zusammenhang mit den in der Sonthofener Rede von Strauß davor gebrauchten Sätzen verwendet werden, die den Wortlaut haben:

„Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher.“

Außerdem müsse beim Zitieren darauf hingewiesen werden, daß die Rede von Strauß nicht autorisiert worden sei. Die Kammer begründete ihre Entscheidung mit dem Persönlichkeits- und Urheberrecht von Strauß.

Rebmann hat recht

Die CDU begrüßt die Forderung von Generalbundesanwalt Rebmann beim Deutschen Richtertag in Essen, das öffentliche Befürworten der Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen in einer zur Störung des öffentlichen Friedens geeigneten Weise unter Strafe zu stellen. Der Generalbundesanwalt hat damit alte Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgegriffen, erklärte MdB Heinz Schwarz, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Innenpolitik“. Mit dankenswerter Klarheit hat Rebmann ausgeführt, daß vor allem von zahlreichen „linksradikalen“ Druckschriften versucht werde, ein Klima der Gewalt zu erzeugen und die an Brutalität zunehmende Gewaltkriminalität — wie sie sich zum Beispiel bei Kernkraftwerksdemonstrationen gezeigt habe — zu rechtfertigen.

Der lebhafte Beifall der in Essen versammelten 1 000 Richter zeigt, daß der Vorschlag Rebmanns von großen Teilen der deutschen Richterschaft geteilt wird.

Schärfere Vorschriften für Mofas und Mopeds gefordert

Der Bundesrat hat schärfere Vorschriften für die Fahrerlaubnisse bei motorisierten Zweirädern gefordert. Er hat einer Verordnung der Bundesregierung nur mit der Maßgabe zugestimmt, daß auch für Mopeds und Mokicks (zulässige Höchstgeschwindigkeit bis 40 km/h) neben der theoretischen auch eine

praktische Fahrprüfung verlangt wird. Für das Mofa 25 (zulässige Höchstgeschwindigkeit 25 km/h) solle eine theoretische Fahrprüfung einschließlich des Fachs „Gefahrenlehre“ vorgeschrieben werden. Damit hat der Bundesrat die in einer Verordnung des Bundesverkehrsministers vorgesehene Regelung erheblich verschärft.

Besuch aus Norwegen

Der Fraktionsvorsitzende der konservativen Partei Norwegens, Kare Willoch, hielt sich auf Einladung der CDU in Bonn auf. Im Verlauf der Gespräche, unter anderem mit Helmut Kohl, Ernst Albrecht und Alfred Dregger, konnte weitgehende Übereinstimmung in allen Bereichen der Politik festgestellt werden. Für die europäische Zusammenarbeit in internationalen Parteigremien und bei gemeinsam berührenden Fragen der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik wurde eine noch enge re Zusammenarbeit vereinbart.

Gespräche mit der Caritas

Helmut Kohl und Mitglieder des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik — unter Vorsitz von MdB Heinrich Franke trafen in Bonn zu einem Meinungsaustausch mit dem Präsidium und der Geschäftsführung des Deutschen Caritas-Verbandes zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der Jugend- und Familienpolitik. Übereinstimmung bestand darin, daß bei allen notwendigen materiellen Verbesserungen für die Familie den moralisch-ethischen Grundpositionen zukünftig ein stärkeres Gewicht beizumessen ist. Im Hinblick auf die Beratungen zur Reform des Jugendhilferechts wird es notwendig sein, eine

Einschränkung des Elternrechts zu vermeiden und die Stellung der freien Träger zu stärken.

Nach einer sehr ausführlichen und beiderseitig sehr offen geführten Aussprache wurde vereinbart, den Gedankenaustausch weiterhin zu vertiefen und die enge Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Caritas-Verband und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu festigen.

Carstens für mehr Geschichtsbewußtsein

Bundespräsident Karl Carstens hat dazu aufgerufen, deutsche Geschichte und Kultur in den Schulen wieder verstärkt zur Geltung zu bringen. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk erklärte er, dabei müsse besonders die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft mehr als bisher „in einen Zusammenhang gestellt und als Teil der deutschen Geschichte dargeboten“ werden. Auch die dreimaligen Versuche von 1848/49 und 1919 sowie von 1949, in Deutschland eine freiheitliche und demokratische Staatsordnung zu schaffen, sollten stärker bewußt gemacht werden.

Bund profitiert von Ölpreisseigerung

Der Bundesfinanzminister hat nach Schätzungen seines Ministeriums im ersten Halbjahr 1979 rund 260 Millionen mehr Umsatzsteuer aus den höheren Ölpreisen gewonnen. Diese Angabe habe Finanzsekretär Haehser noch im Juli auf eine parlamentarische Anfrage gemacht, erklärte Bundestagsabgeordneter Gerster, der damit einer anderslautenden und irreführenden Mitteilung der Bundesregierung widersprach. Der CDU-Abgeordnete wies ferner darauf

hin, daß im zweiten Halbjahr diese Gewinne wegen der Mehrwertsteuererhöhung und wegen der Zunahme der Heizölkäufe noch steigen dürften, so daß man mit einem Gesamtplus für das gesamte Jahr von 600 bis 700 Millionen rechnen könne.

Union kritisiert Programm zur Humanisierung der Arbeitswelt

Die CDU/CSU hat von der Bundesregierung eine Überprüfung und Änderung des Forschungsprogramms zur Humanisierung des Arbeitslebens verlangt. MdB Ludwig Gerstein kritisierte, daß der wissenschaftliche Wert vieler Arbeiten im Rahmen des Programms zweifelhaft sei, daß die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis nicht gelinge, daß vor allem die sozialwissenschaftliche Begleitforschung zunehmend ideologisiert werde und zum Selbstzweck herabgekommen sei. Gerstein forderte die Bundesregierung auf, zu der wachsenden Kritik, die auch von Arbeitgebern und Gewerkschaften kommt, Stellung zu nehmen. Er kündigte einen CDU/CSU-Antrag im Bundestag an, im zuständigen Parlamentsausschuß eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen und Verbänden durchzuführen.

Protest abgekauft

Mit 400 000 Mark für die Stadt Bexbach und Zugeständnissen an eine Bürgerinitiative haben die Saarbergwerke Proteste gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes beendet. Wie ein Sprecher des Konzerns erklärte, zogen 18 Bürger ihre Klage vor dem Verwaltungsgericht zurück. FDP und SPD im Saarbrücker Landtag begrüßten das Abkommen, während der Vorsitzende der CDU-Fraktion von Dingen sprach, „die nicht mehr rechtsstaatlich sind“.

■ NRW-KOMMUNALWAHLEN

Führende Position behauptet

Die CDU ist bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erneut in ihrem Anspruch bestätigt worden, die führende Kommunalpartei in der Bundesrepublik Deutschland zu sein, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest. In über 60 Prozent aller Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland ist die Union die führende Kraft. Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zeigt, daß sich eine bürgernahe Politik in Gemeindeparlamenten und Kreistagen auszahlt.

Die Tatsache, daß im Gegensatz zu SPD und FDP die CDU landesweit ihre Position in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen konnte, bezeichneten die Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Landesverbände, Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf, als eine gute Ausgangsposition für die Zukunft. Sie wiesen daraufhin, daß die CDU an diesem Sonntag das beste Kommunalwahl-

ergebnis in der Geschichte Nordrhein-Westfalens erreicht hat.

Heinrich Köppler: Diese Kommunalwahlen waren reine Kommunalwahlen. Ich habe vor den Wahlen immer erklärt, ich lehne den Begriff der Testwahl ab, und ich bleibe auch jetzt dabei. Wir hatten bei diesen Kommunalwahlen das Ziel, stärkste Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen zu bleiben. Wir haben an einigen Stellen verloren, wir haben an anderen Stellen gewonnen. Dies ist typisch für Kommunalwahlen, wo sehr stark ortsbezogene, sehr stark auch personen- und sachbezogene Fragen der einzelnen Städte und Gemeinden im Vordergrund der Wahlausseinander- setzung standen.

Zur Frage, ob sich die Wahlkundgebungen mit Franz Josef Strauß trotz der linken Krawalle ausgezahlt hätten, sagte Kurt Biedenkopf: „Ja, wo immer Strauß aufgetreten ist, haben wir Stimmengewinne gehabt, keine Verluste. Das ist jedoch nicht ausschließlich auf Strauß zurückzuführen, sondern auch auf den Einsatz unserer Freunde.“

Gesamtergebnis

	Kommunal- wahl 1979		Kommunal- wahl 1975		Landtags- wahl 1975		Bundestags- wahl 1976	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Wahlbeteiligung	8 561 386	70,1	10 381 345	86,4	10 358 108	86,1	11 066 546	91,3
CDU	3 902 434	46,3	4 729 855	46,1	4 828 554	47,1	4 892 278	44,5
SPD	3 789 432	44,9	4 662 698	45,5	4 630 995	45,1	5 153 959	46,9
FDP	551 005	6,5	725 649	7,1	689 623	6,7	860 331	7,8
DKP	55 627	0,7	60 687	0,6	54 777	0,5	38 176	0,3
Sonstige	132 182	1,5	77 650	0,7	58 256	0,6	44 818	0,5

Einzelergebnisse

der Wahlen zu den Kreistagen der Kreise und Räten der kreisfreien Städte

In Klammern Kommunalwahlen 1975

	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	DKP	Sonstige
Kreisfreie Stadt Düsseldorf	63,7 (89,1)	47,6 (45,2)	44,0 (45,8)	6,1 (7,9)	1,2 (1,0)	1,1 (—)
Kreisfreie Stadt Duisburg	61,0 (83,8)	36,3 (33,3)	57,0 (59,8)	5,3 (5,8)	1,4 (1,0)	— (0,1)
Kreisfreie Stadt Essen	67,5 (84,2)	38,3 (38,2)	54,1 (54,9)	4,8 (5,7)	1,1 (1,2)	1,7 (—)
Kreisfreie Stadt Krefeld	65,4 (83,7)	50,2 (47,3)	42,1 (41,9)	7,0 (8,5)	0,7 (0,6)	— (1,7)
Kreisfreie Stadt Mönchengladbach	60,0 (79,5)	54,4 (55,4)	37,3 (34,9)	7,4 (6,4)	0,9 (0,7)	— (2,6)
Kreisfreie Stadt Mülheim a. d. Ruhr	68,8 (85,7)	35,9 (35,4)	51,8 (55,8)	6,8 (7,9)	0,7 (0,9)	4,7 (—)
Kreisfreie Stadt Oberhausen	64,5 (84,6)	36,2 (36,6)	55,8 (57,0)	4,5 (5,3)	0,9 (1,1)	2,6 (—)
Kreisfreie Stadt Remscheid	63,1 (82,8)	45,1 (43,2)	46,1 (45,8)	7,6 (9,7)	1,2 (1,3)	— (—)
Kreisfreie Stadt Solingen	65,9 (83,8)	42,1 (42,9)	47,3 (44,1)	9,0 (10,9)	1,6 (1,9)	0,1 (0,2)
Kreisfreie Stadt Wuppertal	63,1 (83,9)	42,5 (43,2)	48,1 (45,3)	8,1 (10,3)	1,3 (1,2)	— (—)
Kreis Kleve	74,0 (88,6)	59,7 (62,5)	32,8 (31,5)	7,5 (6,0)	— (—)	— (—)
Kreis Mettmann	70,4 (91,3)	47,4 (45,2)	43,7 (45,8)	7,9 (8,9)	1,0 (—)	— (—)
Kreis Neuss	69,8 (85,1)	53,7 (54,4)	37,6 (37,1)	7,3 (7,5)	0,5 (—)	0,9 (1,1)
Kreis Viersen	67,9 (84,5)	51,9 (54,6)	36,0 (35,1)	7,2 (6,5)	0,6 (—)	4,2 (3,7)
Kreis Wesel	71,1 (86,2)	40,9 (40,8)	49,4 (50,7)	8,5 (7,8)	0,7 (0,7)	0,4 (—)
Kreisfreie Stadt Aachen	68,5 (84,3)	53,6 (52,2)	39,9 (40,3)	4,6 (6,8)	0,5 (0,6)	1,4 (—)
Kreisfreie Stadt Bonn	66,0 (84,1)	53,2 (57,0)	31,9 (32,4)	10,2 (9,9)	0,5 (0,7)	4,2 (—)
Kreisfreie Stadt Köln	60,3 (80,8)	44,3 (42,8)	44,5 (48,0)	6,6 (8,2)	0,6 (0,8)	4,0 (0,1)
Kreisfreie Stadt Leverkusen	67,8 (84,8)	44,0 (43,4)	44,7 (47,3)	5,9 (8,5)	0,4 (0,7)	5,0 (0,1)
Kreis Aachen	77,8 (88,2)	47,4 (48,4)	47,3 (46,4)	4,7 (5,3)	0,6 (—)	— (—)
Kreis Düren	75,0 (87,3)	53,9 (55,6)	40,7 (39,4)	5,2 (5,0)	— (—)	0,2 (—)
Eifzkreis	75,8 (92,2)	45,9 (43,4)	47,7 (49,4)	6,4 (7,1)	— (—)	— (0,1)
Kreis Euskirchen	76,0 (87,1)	56,5 (59,6)	32,4 (30,2)	8,3 (7,6)	— (—)	2,9 (2,6)
Kreis Heinsberg	75,6 (88,3)	60,7 (62,4)	33,5 (32,5)	5,7 (5,1)	— (—)	— (—)
Oberberg. Kreis	73,8 (86,2)	50,8 (52,0)	39,9 (39,0)	9,3 (8,4)	— (—)	— (0,6)
Rhein.-Berg. Kreis	72,2 (87,1)	52,1 (51,5)	37,9 (38,3)	9,4 (10,2)	0,7 (—)	— (—)
Rhein-Sieg-Kreis	73,9 (86,6)	54,3 (56,3)	36,1 (34,5)	9,3 (8,1)	— (—)	0,3 (1,1)

	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	DKP	Sonstige
Kreisfreie Stadt Bottrop	74,3 (91,3)	37,1 (35,4)	50,4 (52,8)	2,9 (3,2)	7,2 (8,5)	2,4 (0,1)
Kreisfreie Stadt Gelsenkirchen	66,7 (84,6)	34,2 (33,1)	59,6 (60,4)	4,5 (4,8)	1,7 (1,7)	— (—)
Kreisfreie Stadt Münster	67,4 (87,6)	52,2 (54,4)	34,4 (34,9)	6,8 (9,2)	0,6 (1,0)	6,0 (0,5)
Kreis Borken	75,8 (89,7)	63,7 (64,8)	29,6 (27,9)	4,0 (2,8)	— (—)	2,8 (4,5)
Kreis Coesfeld	76,6 (89,7)	64,2 (66,9)	30,5 (26,4)	5,3 (4,5)	— (—)	— (2,2)
Kreis Recklinghausen	73,0 (91,9)	39,2 (37,5)	53,3 (56,0)	5,4 (5,2)	1,8 (1,3)	0,2 (—)
Kreis Steinfurt	74,6 (88,4)	53,0 (55,5)	37,5 (37,3)	6,5 (6,3)	— (—)	3,1 (1,0)
Kreis Warendorf	75,5 (88,5)	57,2 (59,9)	36,1 (34,2)	6,6 (5,9)	— (—)	— (—)
Kreisfreie Stadt Bielefeld	69,7 (86,4)	41,6 (43,9)	45,8 (46,5)	6,5 (8,7)	0,5 (0,9)	5,6 (—)
Kreis Gütersloh	71,0 (86,8)	54,9 (56,6)	36,7 (34,2)	8,4 (9,2)	— (—)	— (—)
Kreis Herford	76,2 (87,8)	42,4 (42,9)	49,3 (48,6)	7,5 (8,5)	— (—)	0,8 (—)
Kreis Höxter	76,2 (89,4)	59,4 (64,3)	26,7 (25,1)	5,2 (4,3)	— (—)	8,8 (6,3)
Kreis Lippe	75,5 (87,7)	41,4 (42,2)	49,1 (47,1)	9,4 (10,7)	— (—)	— (—)
Kreis Minden-Lübbecke	77,0 (86,1)	42,0 (43,2)	47,7 (45,6)	10,3 (11,2)	— (—)	— (—)
Kreis Paderborn	74,9 (88,2)	65,8 (68,9)	28,0 (24,7)	6,2 (5,2)	— (—)	— (1,1)
Kreisfreie Stadt Bochum	70,5 (87,7)	34,3 (32,7)	56,6 (57,4)	5,6 (4,8)	1,1 (1,0)	2,4 (4,2)
Kreisfreie Stadt Dortmund	66,8 (85,1)	34,3 (35,2)	57,3 (57,2)	4,6 (6,2)	0,9 (1,1)	2,8 (0,3)
Kreisfreie Stadt Hagen	65,9 (84,1)	43,9 (38,9)	47,6 (49,3)	7,2 (7,6)	1,3 (0,9)	— (3,3)
Kreisfreie Stadt Hamm	72,3 (85,9)	45,4 (46,0)	46,0 (48,0)	4,6 (5,6)	— (0,4)	4,0 (—)
Kreisfreie Stadt Herne	66,3 (84,9)	32,0 (30,5)	58,4 (57,8)	2,6 (3,4)	1,2 (1,2)	5,8 (7,1)
Ennepe-Ruhr-Kreis	75,8 (88,1)	36,6 (37,2)	54,1 (55,0)	7,4 (7,8)	1,9 (—)	— (—)
Hochsauerlandkreis	77,1 (88,7)	60,7 (61,9)	34,1 (32,7)	5,2 (4,4)	— (—)	— (1,0)
Märkischer Kreis	71,5 (85,2)	45,3 (47,3)	42,1 (44,0)	5,8 (7,8)	— (—)	6,8 (0,9)
Kreis Olpe	77,2 (90,2)	65,7 (68,0)	31,7 (29,6)	2,7 (2,4)	— (—)	— (—)
Kreis Siegen	72,9 (85,9)	42,7 (44,4)	47,5 (46,3)	7,1 (8,2)	— (—)	2,8 (1,2)
Kreis Soest	75,4 (87,4)	54,8 (54,4)	38,3 (35,5)	6,8 (7,1)	— (—)	— (3,1)
Kreis Unna	75,2 (87,4)	38,9 (39,3)	54,9 (53,8)	6,0 (6,6)	— (—)	0,3 (0,3)

Sitzverteilung

Gesamt	3 437	1 663	1 548	197	5	24
davon						14
Kreisfreie Städte	1 548	681	777	71	5	10
Kreistage	1 889	982	771	126	—	

Und das schreibt die Presse

Die nordrhein-westfälischen Ergebnisse geben keinen Anlaß, Rückschlüsse auf die Bundesrepublik zu ziehen. Aber sie lassen doch den Schluß zu, daß die innere Verfassung der Union nach den vielfachen Wirren und Rüpelzzen des Sommers besser als erwartet zu sein scheint. Deswegen ist zu vermuten, daß auch im Mai 1980, wenn dort die wichtigen Landtagswahlen als Auftakt der Bundestagswahlen im Oktober stattfinden, eine Chance der Opposition gegeben ist, zusätzliche Stimmen für sich zu mobilisieren.

Frankfurter Neue Presse



Das Fehlen großer Streitfragen macht das Ergebnis uneinheitlich. Das mag für den Wahlanalytiker bedauerlich sein, der Rückschlüsse auf die Grundstimmung des Wählers ziehen will. Es kommt jedoch den lokalen Entscheidungen zugute. Denn die hohe Wahlbeteiligung von 1975 war auf die gleichzeitig stattfindende Landtagswahl zurückzuführen.

Diesmal sieht es anders aus. Die Parteien in Gemeinde und Kreis können genau ablesen, was die Wähler von ihrer Arbeit halten. Das ist notwendigerweise von Stadt zu Stadt verschieden.

Nur von lokaler Bedeutung sind auch die Ergebnisse für DKP und Grüne. Die Kommunisten hatten Schwerpunkte gebildet und scheinen selbst dort sehr uneinheitlich abgeschnitten zu haben. Ähnliches gilt für die Grünen. Sie errangen Erfolge an Plätzen wie Ahaus, Marl

oder Leverkusen, dort also, wo Atom oder Chemie bedrohlich erscheinen. Eine landesweite Kraft aber sind sie nicht.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung



Die Sozialdemokraten müssen besonders betroffen sein von den Ergebnissen in ihren Ruhrgebiets-Hochburgen. Dort hat die SPD überall Stimmen eingebüßt, in manchen Städten sogar kräftig. Das Ruhrgebiet aber ist nicht irgendeine Hochburg, sondern nach landläufiger Meinung sind hier schon Bundestags- und Landtagswahlen entschieden worden. Gewiß wird die SPD in diesem Raum unter der niedrigen Wahlbeteiligung gelitten haben. Aber sie wird sich fragen müssen, wieso es ihr nicht gelungen ist, ihre Anhänger stärker zu mobilisieren, und warum ihr gerade in dieser Region die „Grünen“ viele Wähler weggenommen haben.

Rheinische Post, Düsseldorf



Alle Parteien haben zuvor gesagt, sie betrachten das Ergebnis nicht als Test für die kommenden Wahlschlachten. Zwei Schlüsse lassen sich aber doch ziehen: Die Union kann sich gute Chancen ausrechnen, die kommenden „großen“ Wahlen zu gewinnen. Und Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß, der ja in den Wahlkampf eingriff, wirkt keineswegs abschreckend, wie es boshafte Kritiker vorher behaupteten.

Aachener Volkszeitung

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELENDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 8. 10. LV Bremen
Landesvorstand, Bremen
- 8. 10. CDU — Bund
Präsidium, Bonn
- 8. 10. CDU Niedersachsen
Landesvorstand, Hannover
- 9. 10. LV Berlin, Frauenvereinigung
Landesdelegiertentag, Berlin
- 10. 10. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin
- 11. 10. KPV d. CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, München
- 12. 10. KPV d. CDU/CSU — Bund
Verleihung des Konrad-Adenauer-
Preises für Kommunalpolitik '79,
München
- 12./13. 10. CDU — Bund
BFA „Kulturpolitik“, Deidesheim
- 13. 10. LV Niedersachsen
Mittelstandsvereinigung
Landesmitstand '79, Osnabrück
- 13. 10. LV Baden-Württemberg, KPV
Landestag, Benningen
- 13. 10. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel
- 13./14. 10. JU Rheinland
Landestagung, Stolberg
- 13./14. 10. JU Rheinland-Pfalz
Landestag, Bad Marienberg

- 13./14. 10. Exil — CDU
Deutschlandpolitische
Regionaltagung, Simonswald
- 15. 10. LV Westfalen-Lippe
Geschäftsführender Landesvorst.
- 15. 10. LV Westfalen-Lippe
Gesamter Landesvorstand
- 17. 10. CDU — Bund
Sozialausschüsse
Landessozialsekretärskonferenz,
Königswinter
- 19. 10. LV Rheinland-Pfalz
Landesparteiausschuß, Mainz
- 19. 10. CDU — Bund
BFA „Sozialpolitik“, Bonn
- 19./20. 10. CDU — Bund
Sozialausschüsse
Geschäftsführender Bundesvor-
stand und Bundesvorstand,
Königswinter
- 19./20. 10. Exil — CDU
Deutschlandpolitische
Regionaltagung, Hagen
- 20. 10. CDU Niedersachsen, KPV
Delegiertentagung, Aurich
- 22. 10. LV Westfalen-Lippe
Landespräsidium, Düsseldorf
- 23./24. 10. CDU — Bund
Sportkongreß, Bonn
- 24. 10. LV Berlin
Landesvorstand mit MdB's, Berlin
- 24. 10. CDU Niedersachsen
Landes-, Bezirks- und Kreis-
geschäftsführerkonferenz, Verden

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln-Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.